

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Bis 1991 werden 55 Polizisten im Einsatz stehen

Erhöhung des Mannschaftsbestandes und weitere Mitarbeiterstellen in einzelnen Ämtern genehmigt

Bis ins Jahr 1991 wird der Bestand des Sicherheitskorps von heute 41 auf 55 Mann erhöht. Einen entsprechenden Antrag der Regierung hat der Landtag in der Sitzung vom Mittwoch einstimmig genehmigt und gleichzeitig der Einrichtung eines zentralen Sekretariats für die Abteilung Fahndungspolizei mit einer Mitarbeiterstelle zugestimmt. Des Weiteren hiess das Parlament die Schaffung von je einer Mitarbeiterstelle beim Grundbuchamt, beim Amt für Volkswirtschaft und beim Amt für Zivilschutz und Landesversorgung gut.

Das Sicherheitskorps zählt heute 41 Polizisten und zwei Verwaltungsangestellte. In diesem Jahr wurden von der Regierung sechs neue Polizisten eingestellt, die nach ihrer Ausbildung frühestens 1988 zur Verfügung stehen werden. Aufgrund der starken Zunahme der Aufgabenstellungen des Sicherheitskorps beabsichtigt die Regierung, im kommenden Jahr sechs weitere Polizisten einzustellen und in die Ausbildung zu schicken. Über die weitere Aufstockung bis zum gewünschten Soll-Zustand von 55 Mann soll dann 1989 entschieden werden. Laut Regierungschef Hans Brunhart wird allerdings erst das neue Polizeigebäude die Voraussetzungen schaffen, dass die drei Polizeiabteilungen über die notwendigen Räumlichkeiten verfügen werden. Die vom Landtag bewilligte Einrichtung eines zentralen Sekretariats für die Fahndungspolizei, es handelt sich dabei um ein Pilotprojekt, soll die Polizisten in Zukunft vermehrt zugunsten eigentlicher Polizeiaufgaben entlasten. Das längerfristige Ziel besteht darin, ein zentrales Sekretariat für das gesamte Sicherheitskorps zu schaffen (vgl. Regierungsbeantwortung einer FBP-Interpellation im VOLKSBLATT vom Mittwoch).

Ölpreis im Sinken

Genf (AP) Angesichts der bisher erfolglos gebliebenen Bemühungen der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC), die Ölförderung zu verringern und damit den Preis nach oben zu treiben, tendiert der Ölpreis in Europa und den USA eher nach unten. Der Preis der britischen Sorte Brent sank am Donnerstag während der ersten Stunden des Handels in Europa um 10 Cent auf 15,55 US-Dollar pro Barrel (159 Liter). An der New Yorker Warenbörse ging der Barrelpreis bei Januar-Terminkontrakten für die am weitesten verbreitete US-Sorte am Mittwoch, wie schon am Dienstag, zurück und ermässigte sich bis Handelschluss um 24 Cent auf auf 15,86 Dollar.

Der Abgeordnete Heinz Ritter (FBP) sprach sich in der Debatte dafür aus, während den Nachtzeiten verstärkte Streifenkontrollen einzusetzen. Angesichts der sich häufenden Eigentumsdelikte müssten seiner Ansicht nach dauernd zwei Einsatzfahrzeuge unterwegs sein. Laut Heinz Ritter könnten auch tagsüber ein verstärkter Streifendienst und mehr Geschwindigkeitskontrollen die Verkehrssicherheit wesentlich erhöhen. Schliesslich sollten auch fremdenpolizeiliche Überprüfungen intensiver vorgenommen werden, nachdem Kontrollen immer wieder ergeben hätten, dass sich ausländische Personen illegal in Liechtenstein aufhalten. Er glaube einfach, dass unser Land so überschaubar sei, dass sich hier niemand «schwarz» aufhalten könne.

Die verstärkten Kontrollen müssten möglich sein, ohne dass man dadurch an einen Polizeistaat erinnert werde.

Die Abgeordnete Emma Eigenmann-Schädler (FBP) erinnerte im Zusammenhang mit der Erhöhung des Mannschaftsbestandes der Polizei an ihre frühere Anfrage, in der sie sich nach der Möglichkeit erkundigte, auch Frauen in den Polizeidienst aufzunehmen. Laut Regierungschef Hans Brunhart wird diese Frage geprüft.

Überprüfung des Zivilschutzamtes

Im Rahmen der Diskussion zum Regierungsbericht über den Bestand und Bedarf an Stellen bei der Landesverwaltung und den Gerichten, der vom Landtag zur Kenntnis genommen wurde, äusserte sich der Abgeordnete Johann Kindle (FBP) dahingehend, dass der Bestand von Mitarbeitern mit zeitlich begrenztem Dienstverhältnis gegenüber dem Vorjahr markant zugenommen habe, währenddem die Anzahl der Mitarbeiter mit vollem Dienstverhältnis teils sogar abgenommen habe.

Umverteilung zugunsten der finanzschwächeren Gemeinden

Der Landtag genehmigte mit 14 Stimmen das Budget 1987 und nahm die Finanzplanung zur Kenntnis

Mit nur geringen Änderungen, aber nicht mehr einstimmig wie in den vergangenen Jahren, hat der Landtag nach einer vergleichsweise langen Beratungsdauer das Budget 1987 genehmigt und den Finanzplan der Regierung für die Jahre 1987-1991 zur Kenntnis genommen. Die Abgeordneten stimmten der Erhöhung des Beitrages für die Entwicklungshilfe sowie für den Schweizerischen Nationalfonds und den Österreichischen Fonds für wissenschaftliche Forschung zu, lehnten hingegen den Antrag des VU-Abgeordneten Günther Wohlwend zur Kürzung des Tak-Beitrages ab.

Zu Beginn der Behandlung des Vorschlags 1987 äusserte sich Regierungschef Hans Brunhart zu den Eckdaten des Budgets, das in der Gesamtrechnung bei Ausgaben von 351,9 Millionen Franken und Erträgen von 349,7 Millionen Franken einen kleinen Fehlbetrag von 2,2 Millionen Franken vorsieht. Als «positives Moment» bezeichnete der Regierungschef das Wachstum der absehbaren Einnahmen und gab auf der anderen Seite zu verstehen, dass «trotz der minimalen Teuerung eine deutliche Ausweitung des Kreditrahmens» vorliege, der «teils auf Leistungsverbesserungen, teils auf verkehrsbedingte Mehraufwendungen, teils auf nicht beeinflussbare äussere Faktoren und teils auf die Auswirkungen des Einnahmewachstums» zurückzuführen sei.

Wohlstand verpflichtet

Der VU-Fraktionssprecher Hermann Hassler hob bei seiner Kommentierung des Vorschlags die «gewichtigen Steigerungen bei den laufenden Beiträgen» hervor, die nicht zuletzt für kulturelle Belange aufgewendet werden. Die mit der Ausschüttung dieser Beiträge zum Ausdruck gebrachte Grosszügigkeit ist für ihn eine Verpflichtung, weshalb er sich den Absichten der Regierung «aus Überzeugung und mit Freude» anschliesse: «Je mehr wir in Wohlstand und Wohlfahrt leben, desto grösser ist unsere Pflicht, in den Kultur-, Bildungs- und Sozialbereichen mehr als bisher zu tun».

Umverteilung beim Finanzausgleich

Auf andere Aspekte des Staatshaushaltes kam Landtagsvizepräsident Josef Büchel (FBP) zu sprechen, auf die generelle Ausgabensteigerung sowie auf die Notwendigkeit der Änderung des Finanzausgleichs. Die Mehrausgaben werden nach dem Vorschlag der Regierung durch Entnahmen aus dem Investitionsfonds, der sehr gut dotiert ist, ausgeglichen. Nach Auffassung von Josef Büchel kann man sich fragen, ob «die Fonds gerade in jenen Zeiten angezapft werden sollen, in denen mit solchen Steigerungsraten bei den Einnahmen gerechnet wird».

Im weiteren forderte er, unterstützt vom VU-Abgeordneten Alfons Schädler, eine Überprüfung des Finanzausgleichs.

Besteht hier nicht die Gefahr – so fragte sich der Abgeordnete – dass mit einer gewissen Manövriermasse an Mitarbeitern mit zeitlich begrenztem Auftrag andere Positionen beschönigt werden? Wenn schon laut Regierungsbericht ein unabdingbarer Bedarf an qualitativen Mitarbeitern bestehe, dürfe man sich nicht scheuen, dieses Bedürfnis auch zu befriedigen.

Johann Kindle begrüsst vor allem die neue Mitarbeiterstelle beim Amt für Zivilschutz und Landesversorgung. Nicht einverstanden war er jedoch mit dem Vorhaben der Regierung, die Stelle erst im Anschluss an eine Überprüfung des Amtes zu besetzen. Seiner Ansicht nach dürften die Aufgaben, die im Bereich Zivilschutz und Landesversorgung einer Erledigung harren, nicht wegen Personalmangel oder anderen Gründen weiter aufgeschoben werden. Er beantragte deshalb, dass im Zuge der diversen Amtsüberprüfungen diejenige des Zivilschutzamtes mit erster Priorität behandelt werde und erwartet seitens der Regierung einen klaren Terminplan in dieser Angelegenheit.

KOMMENTAR

Die «Vaterländische Union» musste eine tatsächlich frustrierend lange Zeit warten, bis sie aus vollen Rohren gegen eine Regierungsvorlage ballern konnte, die nicht aus den Ressorts der eigenen Parteifreunde, sondern aus der Feder des Koalitionspartners stammte. Die Milchkontingentierung war das erste, aber nicht unbedingt das geeignetste Objekt, um nach Alternativvorschlägen zu verlangen. Denn soviel weiss auch die Union, dass bei einer Überproduktion nur eine Reduk-

Ein Rohrkrepiierer

tion der abgelieferten Milchmenge die erhoffte Abhilfe schaffen kann. Das weiss sie nicht zuletzt darum, weil das Ressort Landwirtschaft während Jahren von einem Vertreter aus ihren Reihen verwaltet worden war, der es aufgrund der notwendigen einschneidenden Massnahmen nicht wagte, dem Landtag eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.

Jede Vorlage der Regierung kann kritisiert und auch verbessert werden, meinte Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille auf die VU-Vorwürfe über fehlende oder mangelnde Unterlagen sowie auf die Ausserachtlassung der von VU-Abgeordneten während der ersten Lesung gemachten Vorschläge. Die VU-Fraktion hätte es in der Hand gehabt, ihre Vorschläge in die Tat umzusetzen. Sie hätte dafür nur eine Kommission wählen müssen, wie das bei verschiedenen anderen Gesetzen schon der Fall war.

Doch vor der Übernahme von Verantwortung und dem zu leistenden Einsatz scheute sich die Union, zumal sie sich ausrechnen konnte, dass ihre Vorschläge nicht weit vom Regierungsentwurf entfernt liegen würden.

Es ist eben leichter, mit Kochtöpfen zu klappern, als darin ein brauchbares, alternatives Gericht herzustellen. (G. M.)

Verhütung von Sittlichkeitsdelikten an Kindern

Aufklärungsaktion der Polizei und Schulamt

(pafl) – Zur Verhütung von Sittlichkeitsdelikten an Kindern führt die Fahndungspolizei in Zusammenarbeit mit dem Schulamt derzeit eine Aufklärungsaktion durch. Mit einem von der Polizei herausgegebenen Falblatt werden Eltern und Kinder auf Verhaltensmassnahmen aufmerksam gemacht, wie sich Kinder vor Sittlichkeitstären schützen können. Die Information wird in den Schulen und Kindergärten an die Kinder abgegeben und mit ihnen besprochen. Zusätzliche Falblätter können kostenlos bei der Polizei bezogen werden.

Sittlichkeitsdelikte weisen eine sehr grosse Dunkelziffer auf. Verschiedene Gründe führen dazu, dass Sittlichkeitsdelikte oft nicht angezeigt werden. Schulamt und Polizei wollen deshalb mit ihrer Aktion vorbeugend wirken und – ohne zu verharmlosen oder zu übertreiben – sachlich informieren. In diesem Zusammenhang appelliert die Polizei an die Eltern und Lehrer, verdächtige Hinweise und Vorkommnisse grundsätzlich sofort zu melden; mit Ratschlägen steht bei der Polizei in Vaduz ein Sachbearbeiter zur Verfügung.

Die Regierung lässt ein Gutachten erstellen

Antwort auf eine Anfrage des FBP-Abgeordneten Johann Kindle zur Kunsthaus-Strafsache

Die Regierung ist im Besitze eines Schreibens der Staatsanwaltschaft wegen der Anklage des Staatsgerichtshofpräsidenten, hat aber bisher noch keine Weisung an den Staatsanwalt über Weiterverfolgung oder Einstellung des Verfahrens weitergegeben. Sie möchte, wie Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille als zuständiger Ressortinhaber für Justiz im Landtag erklärte, vorher ein Gutachten einholen.

Die Anfrage an die Regierung war vom FBP-Abgeordneten Johann Kindle gestellt, der Auskunft haben wollte über den Stand der Dinge. Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille legte den Sachverhalt knapp und ohne Umschweife dar, ging jedoch nicht auf Äusserungen des «Überparteilichen Initiativkomitees Kunsthaus» ein, die von einem 3:2-Entscheid der Regierung wissen wollten.

Die Anfrage des Abgeordneten Kindle
Der FBP-Abgeordnete Johann Kindle

le richtete folgende Anfrage an die Regierung: «Die Voruntersuchung im Gerichtsverfahren gegen den Präsidenten unseres Staatsgerichtshofes – eingeleitet im August 1985 – wurde abgeschlossen und der Bericht des Staatsanwaltes anfangs November 1986 der Regierung übermittleit.

Das Initiativkomitee Kunsthaus wirft nun der Regierung in diesem Zusammenhang Behinderung der Rechtspflege vor, da Untersuchungsberichte des Staatsanwaltes normalerweise zur Kenntnis genommen und zur Einleitung weiterer rechtlicher Schritte an den Staatsanwalt zurückgeleitet werden.

Ich erlaube mir, die Regierung anzufragen, wie sie sich zu diesen Vorwürfen stellt und was sie in dieser Angelegenheit weiter zu unternehmen gedenkt.»

Am Schluss der Landtagssitzung gab Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille die nachstehende Erklärung ab: «Gemäss Paragraph 6 der Fürstlichen Verordnung aus dem Jahre 1914 hat die Staatsanwaltschaft in besonders wichtigen Straffällen vor Erhebung der Anklage bzw. Abgabe der Einstellungserklärung oder Bekanntgabe des Abstehens von der Verfolgung mit der Regierung das Einvernehmen zu pflegen. In diesem Sinne ist die Staatsanwaltschaft in der Strafsache gegen den Präsidenten des Staatsgerichtshofes, Dr. Erich Seeger, mit Schreiben vom 27. Oktober 1986 an die Regierung gelangt. Die Regierung hat beschlossen, zu Fragen, die mit dem Untersuchungsergebnis in Zusammenhang stehen, eine gutachtliche Äusserung einzuholen. Die Regierung wird nach Eingang der gutachtlichen Äusserung ohne Verzögerung der Staatsanwaltschaft die erforderlichen Mitteilungen zukommen lassen.»

Den aktuellen Kurs der

Landesbank
PS

erfahren Sie täglich ab 9.30 Uhr über die Telefonnummer: **075/68520**

LIECHTENSTEINISCHE LANDESBANK STAATSGARANTIE

Auch für Sie haben wir die richtige Musik.

Gesegnete Weihnachtszeit!

Essenstr. 319 FL-9492 Eschen Tel. 075-3 14 65
Ihr Partner für: Video, TV, HiFi, Computer
A&K Kind